

Die wichtigsten Kirchengesetze im Überblick

Quellen: Rechtssammlung der EKiR

1. Grundlagen

Die **Kirchenordnung** (KO) als ‚Verfassung‘ der EKiR definiert in vier Grundartikeln deren Bekenntnisgrundlagen. Sie behandelt die Evangelische Kirche im Rheinland, ihre Kirchengemeinden und Kirchenkreise, die Institutionen der Landeskirche, die missionarischen und diakonischen Werke sowie die Finanz- und Rechtsaufsicht.

Näheres hat die Landessynode festgelegt durch das **Lebensordnungsgesetz** (LOG): Es enthält Bestimmungen zu den Kasualien, zur Aufnahme von Mitgliedern und zu ‚Erziehung, Bildung, Unterricht und Konfirmation‘.

Das **Verfahrensgesetz** (VfG) beinhaltet Verfahrensvorschriften für die Sitzungen und Tagungen des Presbyteriums, der Kreissynode und ihrer Fachausschüsse, des Kreissynodalvorstandes, der Landessynode sowie der Kirchenleitung.

2. Dienst- und Arbeitsrecht

Zahlreiche Gesetze zum Dienst- und Arbeitsrecht wurden von der Evangelischen Kirche der Union erlassen – sie haben Gültigkeit auf dem Gebiet der EKiR und wurden um entsprechende Ausführungsgesetze (AG) ergänzt.

Das **Pfarrerausbildungsgesetz** (PfausbG) und das **AG PfausbG** behandeln die erste theologische Prüfung, das Vikariat und die zweite theologische Prüfung.

Pfarrdienstgesetz (PfdG) und **AG PfdG** gehen den pfarrdienstlichen ‚Lebensweg‘ entlang: Sie behandeln Ordination, Anstellungsfähigkeit und Probendienst. Sodann werden die Begründung des Dienstverhältnisses, die Übertragung einer Pfarrstelle und die Dienstaufsicht thematisiert. Die Führung des Dienstes und Dienstverletzungen samt Konsequenzen werden benannt. Veränderungen des Dienstverhältnisses können erwirkt sein durch Einschränkung des Dienstes, Stellenwechsel und Freistellung, Abberufung, Wartestand und Ruhestand. Abschließend gehen die Gesetze auf besondere Dienstverhältnisse innerhalb und außerhalb einer EKU-Gliedkirche ein.

Die **Pfarrbesoldungs- und Versorgungsordnung** (PfbVO) gilt für EKiR und EKvW: Sie behandelt Vorschriften zur Besoldung und Zuschlägen, Dienstalster und Dienstwohnung, sowie die Versorgung im Ruhestand und der Hinterbliebenen im Todesfall. In ihren Anhängen sind konkrete Gehaltszahlen festgehalten.

Das **Pfarrstellengesetz** (PStG) definiert die Wahlfähigkeit eines Pfarrers und regelt die Besetzung einer freien Pfarrstelle durch Wahl der Gemeinde oder Besetzung durch die Kirchenleitung.

Das **Ordinationsgesetz** (OG) hält fest, wer wie zum Dienst der öffentlichen Wortverkündigung, zur Sakramentsverwaltung und zur Seelsorge ordiniert werden kann.

Die **Amtstrachtverordnung** bestimmt, welche liturgische Kleidung wann getragen werden soll.

Lehrbeanstandungsordnung (LBO) und **AG LBO** halten die Verantwortung der Kirche für die schriftgemäße Verkündigung und Lehre des Evangeliums fest. Sie bestimmt den Ablauf eines Lehrbeanstandungsverfahrens mit Lehrgespräch, Verhandlung vor der Spruchkammer und eventuellen Konsequenzen.

Disziplinalgesetz der EKU und AG DiszVO regelt Details des Disziplinarverfahrens.

3. Haushalts- und Kassenrecht

Die **Verwaltungsordnung** (VwO) ist eine Verordnung für die Vermögens- und Finanzverwaltung. Sie benennt die Organe der Leitung, Verwaltung und Aufsicht. Unter Bestandteile des Vermögens zählt sie Grundstücke, Bauten und Kapitalvermögen, unter Einnahmen fallen Kirchensteuern, Darlehen und sonstige Zuwendungen. Um diese Kostenstellen zu verwalten, muss eine Gemeinde einen Haushaltsplan aufstellen – die VwO regelt dessen Aufstellung und Ausführung. Sie bestimmt Näheres zu Kassenverwaltung, Zahlungsverkehr, Buchführung, Rücklagen und Kassenaufsicht.

Das **Archivgesetz** (ArchG) dient der Dokumentation kirchlichen Wirkens in Vergangenheit und Gegenwart. Es benennt Schutzfristen und Benutzungsbestimmungen, die insbesondere für das landeskirchliche Archiv Gültigkeit haben.

4. Aus aktuellem Anlass 2008

Das **Presbyterwahlgesetz** macht Ausführungen zu Größe und Amtszeit eines Presbyteriums. Es bestimmt dann Näheres zum Wahlverfahren, das von Vertrauensausschuss und Wahlvorstand maßgeblich mitverantwortet wird. Als Alternative gibt es den Presbyterien das Kooptationsverfahren an die Hand.